

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog
der Landesregierung



Bericht von der Verbändekonferenz am 27.03.2012 im Neuen Schloss Stuttgart



„Ziel ist ein Abschluss, der für Jeden gute Ergebnisse bietet
und eine eigene Umsetzung ermöglicht.“ Minister Peter Friedrich

Die Bedeutung der Verbände und Organisationen für die Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg

Am 27.3.2012 fand im Neuen Schloss Stuttgart im Rahmen des Entwicklungspolitischen Dialogs WELT:BÜRGER GEFRAGT! eine Konferenz mit Verbänden und Organisationen aus Baden-Württemberg statt. An dieser Konferenz haben rund 90 Vertreterinnen und Vertreter aus über 70 Verbänden und Organisationen teilgenommen. Eingeladen waren die Dachverbände der entwicklungspolitisch aktiven Organisationen und Verbände sowie eine große Breite von zivilgesellschaftlichen Organisationen: Gewerkschaften und Unternehmer, Sport, Medizin, Jugend, Senioren, Migranten, Kirchen, religiöse Gemeinschaften, Wohlfahrtsverbände, ...

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Minister Peter Friedrich: Grundlage der Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg ist seit jeher das bürgerschaftliche Engagement

Peter Friedrich, Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten des Landes Baden-Württemberg, betonte in seiner Rede die Bedeutung der Verbände und Organisationen für die Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg: „Ihr Markenzeichen und ihre Grundlage ist seit jeher das bürgerschaftliche Engagement. Viele hundert entwicklungspolitische Initiativen und Projekte formen in Baden-Württemberg eine vielgestaltige und starke Zivilgesellschaft, die wesentlich dazu beiträgt, dass wir ein weltoffenes und solidarisches Land sind, das seine globale Verantwortung wahrnimmt.“



Friedrich betonte die wachsende Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit. Für die Bundesländer sei die Entwicklungszusammenarbeit eine Querschnittsaufgabe. „Sie ist nicht unser Kerngeschäft, aber genauso wichtig!“ Die neue Landesregierung habe auf diese Entwicklungen reagiert und die Zuständigkeit für Entwicklungszusammenarbeit im Staatsministerium angesiedelt: „Hier ist sie integraler Bestandteil der Außenbeziehungen. Und was mit Blick auf die eben genannten innenpolitischen Entwicklungen ebenso relevant ist: Die Ansiedlung in der Regierungszentrale erlaubt eine optimale Koordination der Aktivitäten der verschiedenen Ministerien.“

Minister Friedrich bat die Verbände um ihre Mitarbeit bei der Weiterentwicklung der entwicklungspolitischen Leitlinien: „Wir wollen mit Ihnen zusammen die Leitlinien der baden-württembergischen Entwicklungspolitik entwerfen.“ Die Landesregierung möchte für die in der Entwicklungszusammenarbeit engagierten Akteure im Land eine Plattform schaffen, auf der Sie sich besser kennenlernen, besser austauschen, besser vernetzen, besser koordinieren und dadurch

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

besser zusammenarbeiten könnten. „Das Land versteht sich dabei als Moderator und Ermöglicher. Uns kommt es darauf an, Ihnen die spezifischen Stärken des Landes zur Verfügung zu stellen.“

Die Verbände und Organisationen könnten sich zum einen mit einer inhaltliche Stellungnahme in den Entwicklungspolitischen Dialog einbringen. Außerdem seien sie eingeladen, sich an den geplanten Bürgerkonferenzen und Themengesprächen zu beteiligen und bei ihren Mitgliedern für eine rege Teilnahme zu werben.

Die Rede von Minister Friedrich finden Sie unter www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt

Reaktionen der Verbände auf den Entwicklungspolitischen Dialog

In einer Podiumsdiskussion diskutierten zunächst Frau Dr. Brigitte Dahlbender, Vorsitzende des BUND-Landesverbandes Baden-Württemberg, Landesbischof Dr. Ulrich Fischer von der Evangelischen Kirche in Baden, Herr Norbert Brugger vom Städtetag und Prof. Dr. Karl-Heinz Maier-Braun, Redaktionsleiter International des SWR und Landesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) mit Minister Friedrich über ihre Erwartungen an den Entwicklungspolitischen Dialog WELT:BÜRGER GEFRAGT! Die Diskussionsrunde wurde durch Dr. Dieter Heidtmann von der Evangelischen Akademie Bad Boll moderiert, die den Entwicklungspolitischen Dialog organisiert.



Frau Dr. Dahlbender betonte die enge Verbindung von ökologischen und entwicklungspolitischen Fragen. In den Studien „Zukunftsfähiges Deutschland I und II“ habe der BUND zusammen mit anderen Organisationen konkrete Handlungsvorschläge entwickelt. Sie forderte verbindliche Rahmenbedingungen für ein ökofaires Beschaffungswesen, z. B. in der

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Neudefinition der Ausschreibungskriterien für die Kommunen, und den Ausbau der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit. Auch beim nachhaltigen Privatkonsum gelte es, andere Bedingungen bereit zu stellen, wie eine transparente Produktkennzeichnung.

Landesbischof Dr. Ulrich Fischer betonte den engen Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit. Er verwies auf Erfahrungen einer kürzlichen Reise nach Bangladesch. Er habe dort gesehen, dass der Klimawandel bereits heute Menschen in gering entwickelten Ländern in soziale Notlagen treibe. Bischof Fischer begrüßte die Verlagerung der Entwicklungszusammenarbeit in die Zuständigkeit des Staatsministeriums als einen wichtigen Schritt weg von der außenwirtschaftlichen Fokussierung.

Prof. Dr. Meier-Braun setzte sich dafür ein, die Migranten im Land stärker in die Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen. Die Rücküberweisungen der Migranten in ihre Heimatländer seien wirtschaftlich bedeutender als alle entwicklungspolitischen Fördergelder. Außerdem gelte es, die Fähigkeiten und Kenntnisse der Migranten aus ihren Heimatländern stärker einzubeziehen.

Norbert Brugger vom Städtetag sah vor allem zwei Bereiche, in denen die Entwicklungszusammenarbeit für die Kommunen an Bedeutung gewinne: Zum einen bei den Partnerschaften, die immer mehr Gemeinden und Städte mit Kommunen aus den Entwicklungsländern eingingen. Hier gelte es, die guten Erfahrungen aus der französisch-deutschen Versöhnungsarbeit weltweit weiter zu tragen. Zum anderen den Bereich der ökofairen Beschaffung, in dem es noch ein großes Potential gäbe.



Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Reaktionen aus dem Plenum

Im Anschluss an die erste Diskussionsrunde auf dem Podium fand eine allgemeine Aussprache mit den vertretenen Verbänden und Organisationen statt. Im Zentrum der Diskussion standen dabei die Erwartungen an die Landesregierung und die Möglichkeiten einer engeren Kooperation zwischen den Akteuren in der Entwicklungszusammenarbeit.

Von Seiten der Industrie und der Wirtschaftsverbände wurde auf die vielen Projekte aus Industrie und Handwerk in Ländern des Südens verwiesen, die oft wenig bekannt seien. Hier wäre eine organisierte Vernetzung notwendig. Speziell in den Ausbildungsprojekten sollte eine größere Koordination der Experten stattfinden. Außerdem wurde auf die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung durch die Unternehmen im Rahmen ihrer CSR-Leitlinien verwiesen. Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollten hier als zwei Säulen eng zusammenarbeiten.

Vertreter der Kirchen warnten, eine Definition der Entwicklungszusammenarbeit als Querschnittsaufgabe dürfe nicht zu einer verallgemeinernden Abwertung führen. Die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit müsse sich auch im Haushalt des Landes widerspiegeln, das Internet als Medium und die Jugend als Akteur sollten stärker in die Entwicklungszusammenarbeit integriert werden. Wichtig sei ein erkennbares Profil der neu zu erstellenden Leitlinien. Dabei sollten die Sichtbarmachung der Akteure und das Subsidiaritätsprinzip beachtet werden.



Die Vertreter der islamischen Glaubensgemeinschaften verwiesen darauf, dass ethisches Handeln und Gerechtigkeit in ihrem Glauben eine große Rolle spielten. Sie schlugen konkrete Vernetzungen mit den kirchlichen Akteuren in internationalen Projekten vor. Die Kirchen unterstützten solche Bemühungen. Sie verwiesen darauf, dass die Auswahl der Kooperationspartner vor Ort nicht nach Fragen der Glaubensrichtung, sondern der Effizienz erfolgten. Die gemeinsamen Bemühungen zu vernetzen, sei ein großer Gewinn.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Die Landfrauen erhoffen sich vom Entwicklungspolitischen Dialog Impulse für die Erwachsenenbildung, z. B. auf den Gebieten Verbrauch und Konsum, wie die Aktion „Schmeck den Wert!“.

Im Hinblick auf die Einbeziehung der Kommunen wurde vom Beamtenbund vorgeschlagen, das EZ-bezogene Verwaltungswissen und -handeln in den Kommunen im Rahmen der neuen Leitlinien deutlicher zu fördern.

Von den Entwicklungswerken wurde angeregt, die Partner aus dem Süden stärker in den Dialog mit einzubeziehen, um von „Entwicklung“ zu „Dialog“ zu kommen. Zu viele Projekte, die „helfen“, aber zu wenig gemeinsame Themen seien bisher bei den Akteuren erkennbar. Antikorruption und Gewaltabbau seien Herausforderungen, denen man sich gemeinsam in der Welt stellen müsse. Außerdem sollten die Auswirkungen des globalisierten Lebens bei uns vor Ort thematisiert werden, wie der Abbau von Sozialstandards. Ganze Produktionsketten müssten in den Blick genommen werden. Ethisches Investment und die Folgen der Finanzmarktkrise für die internationalen Partner sollten bedacht werden.



Von Transparency International wurde auf die Herausforderung der Korruptionsbekämpfung im Rahmen der Beschaffung verwiesen. Hier seien die Städte und Kommunen wichtige Kooperationspartner.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Vom Deutschen Roten Kreuz wurden drei konkrete Wünsche an das Land gerichtet:

1. Vom Diskutieren zum konkreten Handeln zu kommen.
2. Das Wissen über die weltweite Not zu vergrößern
3. Die bereits aktive Hilfsbereitschaft der Bevölkerung im Land noch mehr zu stärken und zu lenken.

In ihren Schlussworten betonten die Vertreterinnen und Vertreter der Verbände auf dem Podium die Bedeutung der Synergien:

„Die Potenziale einer besseren Kooperation der vielen entwicklungsbezogenen Aktivitäten im Land sind enorm.“ (Bischof Dr. Fischer)

„Die Bürgerbeteiligung sollte das Wissen und die Aktivitäten vor Ort stärken.“ (Brugger).

„Der Prozess sollte durch unsere Verbandsmitglieder zu einer landesweiten Bewegung werden.“ (Prof. Dr. Meier-Braun).

„Vom Dialog zum Handeln zu kommen beginnt bei uns selbst.“ (Dr. Dahlbender).



Minister Friedrich sagte zu, dass die Landesregierung die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Organisationen aufgreifen und unmittelbar im Anschluss an den Entwicklungspolitischen Dialog im Herbst 2012 auf die politische Agenda setzen werde. „Ziel ist ein Abschluss, der für Jeden gute Ergebnisse bietet und eine eigene Umsetzung ermöglicht.“

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Dr. Dieter Heidtmann lud die Verbände und Organisationen abschließend ein, sich aktiv in den Entwicklungspolitischen Dialog einzubringen:

- mit der Beantwortung des Fragebogens für Verbände und Organisationen
- in der Gewinnung der eigenen Mitglieder zur Beteiligung an den Veranstaltungen des Entwicklungspolitischen Dialogs.

Herzliche Einladung zum Auftakt des Entwicklungspolitischen Dialogs auf der Messe FAIR HANDELN am Samstag, 14.04.2012:

WELT:BÜRGER GEFragt! AUFTAKT ZUM ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN DIALOG DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG
Samstag, 14. April 2012 von 10.30-14.00 Uhr auf der Messe „FAIR HANDELN“

Mit:

Minister Peter Friedrich

Dr. Erhard Eppler

Roland Bleinroth, Landesmesse GmbH

Stephan Bruckmeier, Künstlerischer Leiter Kenia Art Project

Eva Hosemann, Intendantin, Theater Rampe, Stuttgart

Prof. Dr. Elisio Macamo, Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel

Musik und Tanz vom HOPE THEATRE NAIROBI

Die Auftaktveranstaltung findet im Rahmen der Messe FAIR HANDELN im ICS Internationales Congresscenter Stuttgart in Halle C7 statt. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos. Mit der Teilnahme an der Auftaktveranstaltung erhalten die Teilnehmenden einen kostenlosen Eintritt zur Messe FAIR HANDELN und den gleichzeitig stattfindenden Frühjahrmessen am Veranstaltungstag. Eine verbindliche Anmeldung ist bis spätestens Dienstag, 11. April 2012 erforderlich.

Online-Anmeldung unter:

<http://www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt>

Kontakt

Evangelische Akademie Bad Boll

Dr. Regina Fein und Dr. Dieter Heidtmann

Sekretariat: Susanne Heinzmann, Tel.: 07164-79-212, Fax: 07164-79-5212

weltbuerger@ev-akademie-boll.de